

Patienten haben keine Lobby

Gastkommentar

von THERESE STUTZ STEIGER

Als Bundesrat Alain Berset Ende September den Prämienanstieg in der Krankenkasse kommunizierte, überschlugen sich die Parteien erwartungsgemäss mit Vorschlägen, wie die Prämien bzw. Kosten im Gesundheitswesen endlich eingedämmt werden sollen.

So unterschiedlich all die Vorschläge auch ausfallen, sie alle folgen einer Logik: Sie fokussieren auf die Finanzierung der obligatorischen Grundversicherung, mit der wir 75 Prozent der medizinischen Grundversorgung in unserem Land bestreiten.

Dass die Finanzierung angesichts des medizinisch-technologischen Fortschritts, der demografischen Entwicklung und einer steigenden Anspruchshaltung zu einer gesellschaftlichen Belastungsprobe wird, liegt auf der Hand. Vergessen geht in der Diskussion aber jene Bevölkerungsgruppe, für die das Gesundheitswesen mit seinem Krankenversicherungs- und Heilmittelgesetz letztlich geschaffen wurde – die Patientinnen und Patienten. Behörden, Kassen, Spitäler, die Ärzteschaft, Apothekerinnen, Therapeuten, Pflegepersonal und Industrie verfügen über eine starke Stimme, nutzen diese in der Regel aber mehr im eigenen Interesse als im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Über die Patienten sprechen alle oft und gerne, aber ernsthaft mit ihnen eher selten und ungerne. Die pausenlosen Hiobsbotschaften über explodierende Kosten und eine absehbare Rationierung schüren Angst bei den Patienten – und nicht selten auch Schuldgefühle. Wer mehr Leistungen bezieht, als dass er Prämien und Steuern bezahlt, gesundet bzw. (über-)lebt auf Kosten anderer. Nicht auszudenken, was geschieht, wenn diese Solidarität über Gebühr strapaziert wird und gar endet. Menschen mit einer schweren sowie mit chronischen und/oder seltenen Krankheiten bekämen ein ernsthaftes Problem.

Wäre es da nicht naheliegend, Patienten gezielter in Forschungs- und Behandlungsprozesse einzubeziehen – als eine Ressource und nicht nur als Kranke, an denen sich medizinisch-pharmazeutisch geschultes Fachpersonal nach bestem Wissen und Gewissen abarbeitet, wofür es ordentlich entlohnt wird? So leistungsstark und innovativ das Schweizer Gesundheitswesen ist, in Sachen Mitwirkung von Patienten und Öffentlichkeit ist unser Land im Hintertreffen. Informationen und Perspektiven, die durch den Einbezug von Patienten gewonnen werden, vermögen einen Beitrag zu Forschungsprojekten und Behandlungsprozessen zu leisten. Dies, wenn wir eine Krankheit selber (er-)leben oder erlebt haben bzw. Menschen nahestehen, die von einer Krankheit betroffen sind.

Patienten mit seltenen Krankheiten – in der Schweiz sind das über 500 000 Menschen, also mehr als die Anzahl der an der «Volkskrankheit» Diabetes Erkrankten – sind motiviert, an Forschungsprojekten mitzuwirken und ihre Versorgung mitzugestalten. Denn Menschen mit seltenen Krankheiten warten oft jahrelang auf eine Diagnose und lernen in dieser Zeit mehr über die Krankheit als Ärzte. Sie werden ohne Medizinstudium zu Experten der eigenen Krankheit.

Weil seltene Krankheiten oft schwerwiegende Auswirkungen auf das tägliche Leben der Betroffenen und ihres Umfelds haben, leisten diese einen enormen zeitlichen, gesundheitlichen und sozialen Aufwand. Sofern sie dann auch noch die Energie und die Mittel haben, organisieren sie sich in Patientenorganisationen, die sich hauptsächlich in Fronarbeit für ihre Mitglieder einsetzen.

Im Unterschied zu anderen Ländern fristen diese Organisationen in der Schweiz aufgrund fehlender Strukturen ein Mauerblümchendasein. Es ist an der Zeit, dass sich das ändert. Voraussetzung ist, dass es den Patientenorganisationen und dem für sie zuständigen Gesundheitspersonal gelingt, mit der öffentlichen Hand, den Kassen und der Industrie im Sinne einer echten Partnerschaft neue Wege zu beschreiten, die nicht allein die Prämienentwicklung berücksichtigen, sondern auch die Versorgung.